

## Die Vereinigten Staaten von Europa

Vorlesung von Joschka Fischer im Rahmen seiner Heinrich-Heine-  
Gastprofessur an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf  
1. Juni 2010

Anrede,

gestatten Sie mir, dass ich mit einer Bemerkung in eigener Sache beginne. Eigentlich hatte ich vorgesehen, in meiner zweiten Vorlesung zur „Rolle Europas in der Welt“ über das wichtige Thema der europäischen Nachbarschaftspolitik zu sprechen. In meiner ersten Vorlesung an der Heinrich Heine Universität am 28. April 2010 hatte ich mich mit der aktuellen Lage Europas beschäftigt, die zu allergrößter Sorge Anlass gab. In der Folge spitzte sich dann in den drei Tagen zwischen dem 7. und dem 9. Mai die Krise dramatisch zu, die sich vordergründig an der drohenden Zahlungsunfähigkeit des EU und Euro Mitglieds Griechenland festgemachte, tatsächlich aber den Fortbestand der europäischen Gemeinschaftswährung und damit des europäischen Einigungsprojekts als solchem zum Gegenstand hatte. Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone (plus Schweden und Polen als EU Staaten, die dem Euro nicht angehören) mussten, gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfond (IWF), zur Abwehr der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands ein gewaltiges Rettungspaket in der Größenordnung von 750 Mrd. € auflegen.

Diese Entscheidung, die wohl erst möglich war, nachdem der europäische Karren mit zwei Rädern über dem Abgrund hing und alle Beteiligten in das schwarze Nichts ihres historischen Scheiterns geblickt hatten, hat die Eurogruppe und die EU grundsätzlich verändert. In jeder Krise steckt eben immer auch eine Chance. Gestatten Sie mir daher, dass ich mich heute nicht an das verabredete Programm halte, sondern mich stattdessen mit diesen historischen Ereignissen und vor allem ihren Folgen für Europa und seine Zukunft beschäftige. Und mit einer alten und doch, wie gerade die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, ewig jungen und zugleich unverzichtbaren Vision von Europa. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Anrede,

an jenem bereits oben erwähnten zweiten Wochenende im Mai 2010 haben die Staats- und Regierungschefs eine Entscheidung getroffen, welche die Währungsunion, die EU und auch die Eurogruppe grundsätzlich verändert hat. Unter dem Druck der Finanzmärkte, die in ihrem gnadenlosen Realismus all die Jahre, ja Jahrzehnte währenden Illusionen, Halbheiten, die wirklichkeitsferne Selbstbezogenheit und den anhaltenden Selbstbetrug der EU-Europäer, ihrer Staats- und Regierungschefs, ihrer Medien und auch ihrer politischen Öffentlichkeiten binnen weniger Wochen ganz unsentimental abräumten, blieb den Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe nichts anderes übrig, als entweder das Projekt EU scheitern zu lassen oder aber den Sprung nach vorne, ins Ungewisse zu wagen. Einen solch großen Schritt hinein in die Integration, wie an diesem Wochenende im Mai, haben die Europäer aus eigenem Antrieb in den vergangenen zwanzig Jahren, seit dem Ende des Kalten Kriegs, trotz all der großen Anstrengungen in Maastricht, Amsterdam, Nizza und auch im europäischen Verfassungskonvent bis hin zu Lissabon nicht hin bekommen.

Ob es sich dabei um einen Sprung in eine bessere Zukunft für die EU handelt oder aber um einen Sprung in den Abgrund ihres historischen Scheiterns, werden wir bald wissen, da wir die Zeitzeugen dieses Ereignisses sind. Beides ist möglich – vergessen Sie dies bitte niemals! -, auch wenn ich persönlich die erste, die positive Option für die

wahrscheinlichere halte, denn der Preis eines Scheiterns des Euro und damit der EU wäre für alle Beteiligten einfach viel zu hoch. Ich vermute, dass in diesem Fall selbst in London eine Panik ausbrechen würde.

Vernunftgründe allein haben in Europa eben noch niemals ausgereicht, um den nationalstaatlichen Lehm des 19. Jahrhunderts abzuschütteln und eine neue, auf Integration beruhende Staatenordnung auf unserem Kontinent aufzubauen. Es ist nur realistisch, wenn man feststellt, dass ohne die großen Tragödien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die europäische Einigung niemals ihr heutiges Niveau erreicht hätte. Ohne den Zwang der Verhältnisse kommt Europa eben nicht wirklich voran.

Diese drei Tage im Mai hatten es wirklich in sich: Der Wortlaut des Maastrichtvertrages mit seinem Verbot eines „bail out“ wurde faktisch (nicht de jure) ad acta gelegt, die „Bedenken“ des Bundesverfassungsgerichts – um es sehr diplomatisch zu formulieren – einfach beiseite geschoben, Deutschlands Widerstand gegen eine europäische Wirtschaftsregierung brach zusammen, die Kommission darf sich zur Krisenabwehr selbst verschulden, die EZB begann Staatsanleihen der bedrohten Mitgliedstaaten aufzukaufen – bis dato alles strengste Anathemen innerhalb der Eurogruppe und, zumindest in Deutschland, als Untergang des Abendlandes denunziert! - und die Währungsunion wurde durch all dies tatsächlich in eine „Union der Solidarität“ oder, je nach politischem Standpunkt, eine „Transferunion“ verwandelt – 750 Mrd. Euro schwer.

Diese große Transformation geschah teilweise ohne Wissen und ohne Beteiligung der deutschen Bundesregierung und der Bundeskanzlerin oder gegen deren heftigen Widerstand, bis es am Ende dann nur noch zuzustimmen galt. Die Medien berichteten, dass die Bundeskanzlerin nicht gewusst haben sollte, was sie auf dem Sondergipfel zu Griechenland in Brüssel erwartete, als sie dort eintraf, dass der französische Präsident Sarkozy und der italienische Ministerpräsident Berlusconi die Entscheidung geplant und vorbereitet hätten, ohne Deutschland, die größte Volkswirtschaft in der EU, zu beteiligen.

Deutschland ist heute der böse Bube im Mittelmeerraum, dem man nicht mehr traut, obwohl unser Land dort über die Jahrzehnte hinweg Großes an Solidarität mittels der Nettozahlungstransfers in die EU Kasse geleistet hat. Wir sind in der EU so isoliert, wie noch niemals zuvor – übrigens auch im Zentralbankrat der Europäischen Zentralbank, was ebenfalls ein Novum darstellt. Dennoch werden wir die größte Last des so genannten „Rettungspakets für Griechenland“ zu schultern haben. Ich kann mich an keinen vergleichbaren Vorgang erinnern. Wir haben es hier ohne jeden Zweifel mit dem beispiellosen Tiefpunkt der deutschen Europapolitik zu tun.

Und warum das alles? Unterstellen wir der Bundesregierung einmal keine innenpolitische Taktiererei, um ohne eine Entscheidung zum Rettungspaket für Griechenland über den Landtagswahltag in Nordrhein-Westfalen zu kommen, was im Übrigen, wie man heute weiß, auch gründlich schief gegangen wäre. Ich meine, es war vor allem ein mangelndes Verständnis vom Ausmaß und der Tiefe dieser Krise Europas, die Deutschland zum Problem und nicht zur Lösung in dieser Krise hat werden lassen. Gewiss, Griechenland hatte anhaltend und systematisch gegen die Grundsätze des Euro verstoßen, ja die damals

Verantwortlichen sind selbst nicht vor der Fälschung von Zahlen und Statistiken zurückgeschreckt. Dies bedurfte der schärfsten Kritik und nachdrücklicher Konsequenzen, denn solche Vorgänge dürfen sich niemals mehr wiederholen. Auf der anderen Seite aber war der gesamte Bestrafungsgestus in der deutschen Debatte einerseits emotional zwar verständlich, politisch und wirtschaftlich aber extrem unklug. Völker kann man nicht bestrafen wie Individuen, sondern man muss die Verhältnisse ändern, um ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Gerade wir Deutsche müssten dies doch auf Grund unserer eigenen Geschichte nur zu gut wissen. Die Bundesregierung hätte dieser öffentlichen Stimmung und auch dem Boulevard niemals nachgeben dürfen, sondern hätte energisch widersprechen und geduldig die Fakten, die Lage und ihre Antwort darauf erklären müssen. Dies ist leider nicht geschehen.

Bei aller berechtigten Empörung über das Fehlverhalten früherer griechischer Regierungen, so liegt es nicht nur im griechischen, sondern auch und gerade im deutschen und europäischen Interesse, dass Griechenland bei seinen notwendigen harten Reformen geholfen wird und das Land eine Chance erhält, sich aus der Krise herausarbeiten zu können. Wenn man schon einem Bestrafungsbedürfnis nachkommen will, dann sollte man sich an eine andere Adresse halten und dort endlich aufräumen, nämlich im Finanzsektor. Den wenigsten Menschen ist bewusst, dass es bei der aktuellen Krise nur vordergründig um die Rettung Griechenlands ging, in Wirklichkeit handelte es sich um die „Bankenrettung Teil II.“ Denn wäre Griechenland Pleite gegangen, dann drohten nicht nur Portugal, Spanien und weitere schwächere Volkswirtschaften in der Eurogruppe abzustürzen, sondern es wäre zudem mit einer Panik bei Staatspapieren zu rechnen gewesen und „systemrelevante“ Banken und Versicherungen drohten dann ebenfalls zu kollabieren, und zwar zuerst und vor allem in Europa, aber auch weltweit.

Als sich die Staats- und Regierungschefs der EU wegen der Griechenlandkrise in Brüssel trafen, begann der Interbankenmarkt, der für die Liquiditätsversorgung der Finanzinstitute entscheidend ist, bereits wieder einzufrieren, wie damals, nach dem Bankrott von Lehman Brothers. Erneut stand das Weltfinanzsystem am Abgrund und nur unter Aufbietung aller Kräfte, nämlich mit einem gigantischen Rettungspaket, konnte ein zweiter Absturz verhindert werden.

Die deutsche Öffentlichkeit und Politik reagierten auf diese Vorgänge verstört und mental mit einem Ruck in die nationale Ecke. Man fühlte sich dann beim Krisenmanagement vor allem durch Frankreich hereingelegt, dabei war es vor allem das desaströse Management der Bundesregierung, das Deutschland aus dem Zentrum der Entscheidungen innerhalb der Eurogruppe herausmanövriert hatte. Denn bereits seit dem Ausbruch der Griechenlandkrise im Februar 2010 war klar, was folgen würde. Die Finanzmärkte hatten Blut gerochen, und es war danach in Berlin nur eine einzige Entscheidung zu treffen: Verteidigt die Bundesregierung den Euro – ja oder nein? Die Entscheidung für den Euro war richtig und alternativlos, wenn man nicht sehenden Auges eine Zerstörung all dessen in Kauf nehmen wollte, was in Europa seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 erreicht worden war. Nach dieser Entscheidung hätte es dann aber sofort des entschlossenen und geschlossenen Handelns bedurft, um den Märkten den Schneid abzukaufen. Die Finanzmärkte schauten dabei vor allem auf

Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten und größten Mitglied der Eurogruppe. Das zögerliche Hin und Her der Bundesregierung hat hingegen das genaue Gegenteil bewirkt und dadurch die Rechnung für Europa (und Deutschland) erheblich teurer gemacht. Am Ende blieb dann doch nur ein „bail out“ Griechenlands, aber dies war, wie gesagt, bereits alles seit dem letzten Februar klar.

In dieser Krise zeigte sich auch ein dramatisches Führungsdefizit in der inhaltlichen Auseinandersetzung um den Euro und die Zukunft Europas in der deutschen Innenpolitik, und dieses kann man nicht allein der Bundesregierung anlasten. Deutschland lebt von seiner Exportstärke, aber diese ist untrennbar mit dem Gemeinsamen Markt der EU und mit dem Euro verbunden. Knapp 70 Prozent unserer Exporte gehen in die EU, 50 Prozent in die Eurogruppe. Ökonomisch ist Deutschland der große Gewinner des europäischen Einigungsprozesses und des Euro! Wenn man so massiv gegen eine „Transferunion“ polemisiert, dann sollte man sich doch nur die jährlichen Nettotransfers zu uns mittels der deutschen Handelsüberschüsse anschauen, die dann wieder nur allzu oft in Staatspapiere unserer EU Partner angelegt werden! Die EU, damals noch EWG, war tatsächlich von Anfang an eine „Transferunion:“ Frankreich bekam den Gemeinsamen Agrarmarkt für seine große Landwirtschaft und Deutschland den Gemeinsamen Markt für seine starke Industrie, und daran hat sich bis heute nicht wirklich etwas geändert.

Ein weiteres Faktum wird in der deutschen Diskussion schlicht vergessen: Die gemeinsame Währung schützt vor allem Deutschland in seinem wichtigsten Exportmarkt vor Auf- und Abwertungen, und dies gilt ganz besonders in einer Weltfinanzkrise. Ohne den Euro hätte es gerade Deutschland innerhalb der EU mit massiven Abwertungen wichtiger Partnerwährungen zu tun gehabt, und die mühselig durch innere Reformen wieder erreichte Steigerung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit wäre dadurch wohl bereits zu weiten Teilen wieder erledigt worden. Wenn es aber im gemeinsamen europäischen Währungsraum den Mechanismus der Auf- und Abwertung nicht mehr geben kann, dann muss ein in einer solchen Krise ein anderer Weg des Ausgleichs gefunden werden, sei es durch Direkttransfers von den stärkeren zu den schwächeren Volkswirtschaften, was innenpolitisch immer schwierig bleiben dürfte, oder aber durch die Einführung eines neuen Instruments, wie etwa eines Eurobonds, in dem die Bonität der stärkeren Länder mit den schwächeren geteilt wird. Faktisch sind diese beiden Schritte mit dem europäischen Rettungspaket gemacht worden.

Zwei weitere Ideen, welche die deutsche Debatte bestimmt haben, sind ebenfalls eher Ausdruck von falscher Emotionalität und politischer Kurzsichtigkeit, denn das Ergebnis vernünftigeren Nachdenkens: der Ausschluss von Euro-Mitgliedern, welche gegen die gemeinsamen Regeln verstoßen haben; und eine verkleinerte Eurogruppe, die nur noch wirtschaftlich starke Staaten umfassen sollte, was faktisch auf den Ausschluss der Mittelmeerstaaten hinaus liefe.

Man mag diese Ausschlussphantasie noch bei kleinen Staaten für realistisch halten, was sie aber weder politisch noch rechtlich ist, denn ein Land kann laut dem Europavertrag von Lissabon nur aus der EU austreten, nicht aber aus dem Euro und schon gar nicht ausgeschlossen werden. Glaubt denn in Berlin ernsthaft jemand, Länder von der Größe

Spaniens oder Italiens könnten, egal was passiert, jemals aus der Eurogruppe ausgeschlossen werden, ohne dass die gesamte EU zu Brüchen ginge?

Spielen wir doch theoretisch den Ausschluss eines kleineren Landes, wie Griechenland, aus dem Euro einmal durch. Das Land wäre sofort pleite, und für unsere Banken müssten wir am Ende dennoch bezahlen oder ein drohendes erneutes „Systemversagen“ in Kauf nehmen. Viel schlimmer aber wären die politischen Folgen. Griechenland ist Mitglied der EU und der NATO, ein Stabilitätsanker für die Sicherheit auf dem Balkan, in der Ägäis und dem östlichen Mittelmeer und damit nicht unwesentlich für die Sicherheit Europas. Es grenzt an jene Bruchzone der Weltpolitik, die heute als die gefährlichste Region der Weltpolitik gilt, nämlich den Nahen und Mittleren Osten. Ein solches Land durch „Ausschluss“ bestrafen und damit absichtlich destabilisieren zu wollen, wäre, frei nach Talleyrand, schlimmer als ein Verbrechen, nämlich eine gnadenlose Dummheit! Was glaubt man hierzulande eigentlich, wie Russland und andere außereuropäische Akteure auf einen solchen absurden Akt europäischer Selbstschwächung reagieren würden? Ich finde diese ganze deutsche Debatte in ihrer naiven Kurzsichtigkeit, ehrlich gesagt, und Sie werden es ja auch schon gemerkt haben, schockierend, ja zum Haare raufen.

Und damit komme ich zu einem weiteren Punkt: Deutschland ist nicht nur der große wirtschaftliche Gewinner der EU, sondern mit noch größerem Abstand der größte politische Gewinner der europäischen Einigung. Ohne den europäischen Einigungsprozess und die Integration unseres Landes in EU und NATO hätte es die Zustimmung unserer Nachbarn zur Deutschen Einheit wohl kaum gegeben. Und der europäische Einigungsprozess ist die Voraussetzung für dauerhaften Frieden auf unserem Kontinent. Aber bitte, hält man mir bei diesen beiden Argumenten entgegen, die Einheit ist ein Faktum, die haben wir jetzt, darauf müssen wir keine Rücksicht mehr nehmen. Und das Argument vom Frieden hat einen endlos langen Bart und trägt deshalb kaum noch. Wozu also Europa?

Die Antwort darauf ist sehr einfach: Das wiedervereinigte Deutschland, in der Mitte des Kontinents gelegen, mit seiner schwierigen Geschichte und seiner nach wie vor kritischen Größe, befände sich in einer desintegrierenden EU, die formal zwar zusammenbleiben, tatsächlich aber intern in verschiedene Interessenblöcke zerfallen und faktisch nur noch ein gemeinsamer Handelsraum a la EFTA wäre, in einer völlig anderen und sehr viel schwierigeren, ja schlechteren Lage, als heute oder gar in Zukunft mit einer starken, integrierten Union. Dieser Unterschied zwischen einem starken oder schwachen Europa ist für unser Land und alle unsere Nachbarn von solch überragender strategischer und historischer Bedeutung, dass man ein starkes und integriertes Europa als die oberste Priorität unseres nationalen Interesses definieren muss. Es wäre nachgerade albern, hier mit kleiner Münze rechnen zu wollen.

Und damit kommen wir zur Frage des europäischen Friedens. Diese Frage ist mitnichten von gestern und historisch erledigt. Ein schwaches Europa wird sich in Zukunft vor allem selbst zur Gefahr werden, wenn es seine internen Widersprüche nicht mehr zu integrieren vermag. Nicht mehr Panzerarmeen und große Kriege werden es bedrohen, sondern die Risiken der Zukunft werden eher von zerfallenden Staaten an seiner Peripherie oder auch

in seinem Innern ausgehen. Wenn wir von europäischer Sicherheit und Frieden auf unserem Kontinent sprechen, so geht es heute vor allem um diese Kraft der europäischen Völker und Staaten, ihre inneren Widersprüche integrierend und in gemeinsamen Institutionen zu überwinden und sie nicht mehr gegeneinander oder im chaotischen Zerfall zum Ausdruck zu bringen. Wer meint, dass dies mit dem heute erreichten Status Quo zu bewahren wäre und weitere Integrationsfortschritte nicht vonnöten seien, der wird sich bitter täuschen. Ohne feste institutionelle Integration wird der heute erreichte Zustand nicht von Dauer sein.

Hier haben alle europäischen Völker und Staaten eine Bringschuld, aber diese gilt ganz besonders für die sechs größten Mitgliedstaaten der EU, weil von ihren Richtungsentscheidungen mehr abhängt, als von denjenigen kleinerer Staaten. Großbritannien und Italien haben sich beide aus sehr unterschiedlichen Gründen an die europäische Seitenlinie gestellt, was zu bedauern ist. Spanien kämpft mit einer sehr ernststen Wirtschafts- und Modernisierungskrise, und Polen braucht noch Zeit, um sich an der europäischen Führung ernsthaft beteiligen zu können. Zweifellos wird mit diesem Land aber zum Wohle Europas in Zukunft zu rechnen sein. Es wird also nach Lage der Dinge weiterhin vor allem auf Deutschland und Frankreich ankommen, darauf, ob diese beiden Kernnationen der EU ihrer europäischen Berufung, trotz zahlreicher kleinkariierter Interessenwidersprüche, dauerhaft und unauflösbar verpflichtet bleiben und bereit sind, den politischen und wirtschaftlichen Preis ihrer gemeinsamen europäischen Führung zu entrichten. Man sieht, es geht in dieser schwersten Krise Europas seit dem Bestehen der EU um sehr viel mehr, als um die Wirtschaft und „unser Geld,“ so wichtig beides auch immer ist.

Anrede,  
 der Einbruch der Finanzmarktwölfe in die friedlich illusionäre Welt der europäischen Schafsweide hat durchaus auch sein Gutes, nämlich einen massiven Realitätsschock für die Europäer. Die gemeinsame Währung wird jetzt getestet, ob sie wirklich eine solche ist und d.h., ob eine Macht hinter ihr steht, die sie politisch und wirtschaftlich garantieren kann und will. Die harte Realität konfrontiert uns Europäer mit einer schlichten Erkenntnis und einer einfachen Alternative: Die Erkenntnis heißt, dass der Status Quo Europas nicht auf Dauer und schon gar nicht in einer Weltkrise trägt; und die Alternative für uns Europäer heißt daher, vorwärts oder rückwärts, weitere Integration oder beginnende Desintegration. Diese historische Alternative wird sich am Schicksal des Euro und der Eurozone entscheiden.

Eine entscheidende Weichenstellung in die richtige Richtung wurde durch die Regierungen am 9. Mai vorgenommen. Denn mit dem europäischen Rettungspaket wurde nicht nur aus der Maastrichter Währungsunion eine „Transferunion“ oder „Union der Solidarität,“ sondern diese Entscheidung war zugleich der Beginn einer europäischen Wirtschaftsregierung, wenn diese Beschlüsse wirksam umgesetzt werden sollen. Ich unterstelle einmal, dass den Beteiligten klar war, was sie da entschieden haben, wenn nicht, dann werden sie es bald merken. Denn eine Transfer- oder Solidaritätsunion und die darauf gründende gemeinsame Währung kann nur funktionieren – so lautet die

Lektion der aktuellen Finanzkrise -, wenn in Zukunft die Haushalts-, Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der beteiligten Euroländer sehr viel enger abgestimmt, ja perspektivisch harmonisiert werden.

Eine Solidaritätsunion kann niemals funktionieren, wenn die Einen mit 67 in Rente gehen und die Anderen mit 55 oder 60; wenn die Einen ernsthaft Steuern bezahlen und die Anderen nicht; wenn die Einen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Anderen nicht; wenn die Einen Sparen und die Anderen weiter Schulden aufbauen. Machen wir uns deshalb nichts länger vor, meine Damen und Herren, all dies wird auf einen tiefen Eingriff in die mitgliedsstaatliche Souveränität hinauslaufen oder nicht funktionieren – und in diesem Falle wird der Euro als Gemeinschaftswährung auch nicht funktionieren. Entweder oder, tertium non datur!

Vor zehn Jahren, in meiner Europarede an der Humboldt Universität in Berlin, habe ich auf folgende Konsequenz hingewiesen, die sich aus der Einführung des Euro ohne ausreichende politische Einigung ergeben wird:

„In Maastricht wurde von den drei wesentlichen Souveränitäten des modernen Nationalstaats – Währung, innere und äußere Sicherheit – erstmals ein Kernbereich ausschließlich in die Verantwortung einer europäischen Institution übertragen. Die Einführung des Euro bedeutete nicht nur die Krönung der wirtschaftlichen Integration, sie war zugleich ein zutiefst politischer Akt, denn die Währung ist nicht nur eine ökonomische Größe, sondern sie symbolisiert auch die Macht des Souveräns, der sie garantiert. Aus der Vergemeinschaftung von Wirtschaft und Währung gegenüber den noch fehlenden politischen und demokratischen Strukturen ist ein Spannungsfeld entstanden, das in der Europäischen Union zu inneren Krisen führen kann, wenn wir nicht die Defizite im Bereich der politischen Integration produktiv aufheben und so den Prozess der Integration vollenden.“ Exakt vor diesem Schritt steht jetzt die Eurogruppe.

Die aktuelle europäische Krise ist nur an der Oberfläche eine Finanzkrise, im Kern ist sie eine politische Krise, die durch die politische Schwäche der EU und der Eurogruppe ausgelöst wurde. Die Folgen der globalen Finanzkrise hat nicht nur Europa zu tragen, sondern sie betreffen alle Nationen. Und auch die ökonomischen und finanziellen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten der USA dürften durchaus mindestens so groß sein, wie innerhalb der EU. Dennoch hat der Dollarraum kein politisches Stabilitätsproblem wie der Euro. Warum? Weil der amerikanische Währungsraum durch eine einzige souveräne Regierung, durch ein Schatzamt und ein Parlament gestaltet und garantiert wird.

In jeder Währung verbinden sich wirtschaftliche Funktionalität und politische Souveränität, denn es ist letztendlich eine politische Macht, die den Wert eines Zahlungsmittels garantiert. Dies gilt auch für den Euro. Allein die Frage, welche souveräne Macht ihn eigentlich garantiert, wird bis heute nur unzureichend beantwortet. Eurogruppe, ECOFIN-Rat (der Rat der Finanzminister), EZB, die Regierungen der Mitgliedstaaten, alle diese Institutionen und ihr kompliziertes Geflecht bleiben letztendlich Halbheiten und reichen zur Garantie der gemeinsamen Währung nicht aus.

Dieses Faktum hat die aktuelle Krise schonungslos offen gelegt. Die Krise hat nicht die mangelnde Funktionalität der europäischen Währung bewiesen (die sich in der Weltfinanzkrise sogar hervorragend bewährt hat), sondern vielmehr die Unzulänglichkeit ihrer politischen Grundlagen und Rahmenbedingungen. Vertraglich fixierte Regeln und eine europäische Zentralbank allein reichen eben nicht aus, um die Stabilität einer gemeinsamen Währung in einem perfekten Sturm zu garantieren. Es bedarf dazu vielmehr einer gemeinsamen Regierung - eine gemeinsame Währung erzwingt eine gemeinsame Wirtschaftsregierung!

Mehr noch, die deutsche Vorstellung, die Eurogruppe könne es statt einer echten Wirtschaftsregierung lediglich bei härteren Regeln, einer stärkeren Überwachung und schärferen Sanktionen gegenüber Regelverstößen innerhalb der Eurogruppe bewenden lassen, einem quasi internen IMF Mechanismus also, wird sich als genau so illusionär erweisen, wie die französische Vorstellung, man könne bei einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung stehen bleiben, ohne auch die weitere politische Integration voranzutreiben. Dies scheint mir der große Irrtum unserer französischen Freunde und Nachbarn zu sein, denn man kann bei der Wirtschaftsregierung nicht integrationistisch agieren, d.h. auf Europa setzen, bei der politischen Einigung aber souveränistisch und d.h. am Nationalstaat festhalten. Eine solche Arbeitsteilung wird erstens nicht funktionieren, wie jetzt bewiesen wurde, und zweitens werden die Deutschen – wenn überhaupt! - einer weiteren wirtschaftlichen Integration ohne damit einhergehende politische Integration kaum zustimmen.

Eine Wirtschaftsregierung ist für die Eurogruppe auch deshalb unverzichtbar, da im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Umfeld, in dem sich die ökonomischen und machtpolitischen Gewichte dramatisch zu Lasten des Westens (und damit auch und gerade Europas) und zu Gunsten der aufsteigenden Mächte verschieben und in dem mit hoher Wahrscheinlichkeit die Finanzkrise noch längere Zeit nicht ausgestanden sein wird, das Risiko einer Wiederholung der Griechenland- oder ähnlicher Krisen alles andere als ausgeschlossen werden kann.

Wie aber soll nun, selbst wenn über all diese Fragen in der Eurogruppe ein politischer Konsens bestünde, dann die notwendigen Vertragsänderungen in der EU 27 erreicht werden? Eine erneute Änderung oder Anpassung des Europavertrages scheint nach den desaströsen Erfahrungen mit dem EU-Verfassungsvertrag und dem Beinahedesaster des Europavertrages nicht sehr wahrscheinlich. Auch nach dem jüngsten Blick in den Abgrund gibt es innerhalb der EU 27 noch genügend euroskeptische Interessen, die einer Vertragsänderung, die Einstimmigkeit im Rat und bei der Ratifizierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zwingend voraussetzt (inklusive Volksabstimmungen und höchstrichterlicher Überprüfungen), kaum zustimmen werden. Dennoch muss diese Lage keineswegs Stillstand bedeuten, denn es gibt innerhalb und außerhalb des Vertrages für den Ausbau einer Wirtschaftsregierung genügend zu nutzende Instrumente, wenn dazu ein gemeinsamer politischer Wille in der Eurogruppe und vor allem zwischen Deutschland und Frankreich vorhanden ist.

Die Eurogruppe hat in der jüngsten Krise bewiesen, dass sie, wenn auch unter Schmerzen und wilden Verrenkungen, handlungsfähig ist. Faktisch hat sie sich damit als Avantgarde der EU konstituiert, was sich anbietet, weil diese Gruppe mit der Bildung des Euro tatsächlich Teile ihrer Kernsouveränität als Staaten vergemeinschaftet hat und eine wesentlich engere Bindung eingegangen ist, als dies für die anderen Mitgliedsstaaten der EU gilt. Die Eurogruppe hätte sich übrigens schon sehr viel früher als Avantgarde der EU verstehen und entsprechend handeln sollen, dann wären wir heute in einer besseren Lage. Aber auch hier war es wiederum Deutschland gewesen, das unverständlicher Weise jeden Schritt in diese Richtung mit seinem Nein blockiert hatte. Im Geiste des Europäischen Vertrags sollte niemand, der sich beteiligen will, ausgeschlossen werden, sondern diese Avantgarde sollte immer inklusiv und nicht exklusiv handeln. So haben sich etwa Schweden und Polen als Nichtmitglieder an der Rettungsaktion der Eurogruppe beteiligt, wohingegen andere, wie Großbritannien, auf Abstand geblieben sind.

Das Avantgarde-Nachhut-Modell sieht sogar der Europavertrag von Lissabon innerhalb seines Geltungsbereichs vor, der im zivilen Bereich die „verstärkte Zusammenarbeit“ (Artikel 20) und im militärischen Bereich die „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (Artikel 46) enthält. Darüber hinaus können die Mitglieder der Eurogruppe auch zu zwischenstaatlichen Verträgen und Regierungsvereinbarungen greifen, wie dies mit der intergouvernementalen Vereinbarung von Schengen dereinst geschehen ist, mit der die Einführung des Wegfalls der Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Vertragspartnern außerhalb der europäischen Verträge ermöglicht wurde. Mittlerweile ist die Schengenvereinbarung längst Bestandteil des Europavertrags.

Kann also die EU nicht als ganze agieren, so kann und muss dies die Eurogruppe als ihre Avantgarde tun, zuerst innerhalb des Europavertrags und wenn dies nicht funktioniert oder zu lange Verzögerungen mit sich bringt, auch außerhalb des Vertrages und dennoch im dessen Geist und im Interesse der Union. Gleichwohl wäre dies nur eine Ersatz- oder Brückenlösung, das Ziel muss die spätere Integration in den Europavertrag sein. Denn eher früher als später wird eine Wirtschaftsregierung der Eurogruppe an die Grenze einer intergouvernementalen Zusammenarbeit stoßen und institutionelle Konsequenzen innerhalb des Europavertrags unabweisbar machen.

Es bleiben noch zwei weitere Probleme zu erörtern: In der aktuellen Krise des Euro wurde offensichtlich, dass neben der unzureichenden politischen Architektur und Absicherung des Euro vor allem die kulturelle Differenz in der Währungs- und Finanzpolitik zwischen Deutschland und Frankreich als den beiden Hauptgaranten des Euro ganz entscheidend zur Schwächung der Gemeinschaftswährung beigetragen hat. Man kann hier, angesichts der Ereignisse der letzten Monate, mit einiger Berechtigung fast schon von einem „Clash of Civilizations“ sprechen. Als es in der Griechenlandkrise auf ein Maximum an Absprache und Geschlossenheit zwischen dem deutsch-französischen Paar angekommen wäre, brachen diese Differenzen voll aus und trugen so zur Verschärfung der Krise ganz wesentlich bei. Die Schuld daran verteilt sich, wie bei einem alten Ehepaar, gerecht auf beide Seiten.

Deutschland verfolgt die klassische Linie der alten und auch heutigen Bundesbank, nämlich des absoluten Vorrangs der Währungsstabilität und der Unabhängigkeit der Zentralbank. Frankreich hingegen setzt mehr auf Verschuldung und politische Intervention. Diese in den finanz- und wirtschaftspolitischen Kulturen der beiden Länder tief verankerten Unterschiede wurden tatsächlich niemals ausdiskutiert, geschweige denn ernsthaft ein Kompromiss ge- und versucht. In dieser Differenz liegt ein weiterer Schwachpunkt der Konstruktion des Euro, denn der eigentliche Widerspruch findet nicht zwischen Deutschland und Griechenland, sondern zwischen Deutschland und Frankreich statt.

Frankreich würde niemals, weder aus politischen und historischen, noch aus ökonomischen Gründen einen Ausschluss eines Mittelmeerstaates aus dem Euro zulassen. Dass man in Deutschland auf diese Idee kommen konnte, ohne auch nur einmal an die französischen Interessen und Bindungen zu denken, zeigt das ganze Ausmaß der Entfremdung zwischen den beiden Partnern, die sich im übrigen schon sehr viel länger abgezeichnet hat. Gleichermäßen abwegig war die französische Idee, die Deutschen sollten weniger effizient und produktiv sein, um die Handelsungleichgewichte in der Eurozone auszugleichen.

Ohne einen echten Kompromiss zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftskultur wird aber eine Wirtschaftsregierung nicht funktionieren, und auch der Euro wird ohne einen belastbaren deutsch-französischen Ausgleich der Kulturen kein stabileres politisches Fundament erhalten. Ein solcher Kompromiss wird weniger an Bundesbank beinhalten müssen, als wir Deutsche erhoffen, und mehr, als die Franzosen befürchten, wenn er funktionieren soll. Entscheidend allerdings wird sein, dass beide Seiten endlich ernsthaft diesen Kompromiss suchen! Kurzfristige Profilierungen auf Kosten der jeweils anderen Seite und persönliche Animositäten dürfen dem nicht im Wege stehen, denn dazu ist der Einsatz viel zu hoch.

Anrede,  
lassen Sie mich versuchen, einen letzten Widerspruch aufzulösen. Einerseits ist die Vollendung eines starken und integrierten Europas die entscheidende Weichenstellung für unser aller Zukunft, andererseits ist dieses Europa, trotz seiner großen Erfolge in Vergangenheit und Gegenwart, in den meisten europäischen Bevölkerungen unpopulärer denn je. Woran liegt das?

Würde man selbst in den euroskeptischen Ländern des europäischen Nordens die Bevölkerungen direkt fragen, ob sie die EU verlassen wollten, dürfte es dafür kaum eine Mehrheit geben. Für den weiteren Ausbau der EU aber ebenfalls nicht. Dies zeigt, dass Europa gegenwärtig fest hängt zwischen Baum und Borke, zwischen Nationalstaat und Integration. Es scheint weder vorwärts noch rückwärts zu gehen, und dass diese Blockade alles andere als ungefährlich ist, beweist uns die aktuelle Finanzkrise.

Die EU (früher EWG, dann EG) war von Anfang an kein Projekt der europäischen Völker gewesen, sondern vielmehr ein Elitenprojekt. Europa, damals tatsächlich nur Westeuropa, sollte nach der Katastrophe des II. Weltkriegs und angesichts der Teilung in

Ost und West Schritt für Schritt von oben her vereinigt werden. Dieses Elitenprojekt EU hat enorme historische Erfolge gebracht, aber ihm zerrann mit jedem weiteren Schritt in die europäische Integration hinein die demokratische Legitimation. Europawahlen und ein direkt gewähltes Europäisches Parlament konnten diesen Prozess der Delegitimierung nicht aufhalten, sondern machten ihn nur immer offensichtlicher. Mit dem Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrags in den beiden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden war dieses Elitenprojekt namens europäische Einigung von oben endgültig an seinem historischen Endpunkt angekommen. Auch die merkwürdige öffentliche Wirkungslosigkeit des Lissabon-Vertrages, ja seine technokratische Leere, zeigt dies, obwohl er neunzig Prozent des Verfassungsvertrages beinhaltet.

Wenn es fortan mit Europa weitergehen soll, dann wird dies nur noch im Schlachtgetümmel der demokratischen Auseinandersetzung und durch den Kampf um demokratische Mehrheiten in den Mitgliedstaaten möglich sein. Dazu aber wird es einer klaren Vision von dem Europa der Zukunft bedürfen, und diese wird nicht im Klein-Klein pragmatisch-technokratischer Regelungen und institutioneller Veränderungen zu finden sein, so wichtig diese bei der Umsetzung jener Vision auch immer sind. Und das heißt, diejenigen, die ein vereintes Europa wollen, wir europäische Integrationisten, werden die Halbheiten und falschen pragmatischen Kompromisse hinter uns lassen müssen – hier muss ich mich vor allem selbst heftig kritisieren! – und wieder lernen auszusprechen, worum es uns eigentlich immer ging und geht: Die Vereinigten Staaten von Europa! Nicht mehr und nicht weniger.

Die aktuelle Krise hat uns gezeigt, dass Halbheiten in der harten Wirklichkeit nicht von Dauer sind, genauso wenig wie falsche Kompromisse. Diese Krise hat uns auch gezeigt, dass die europäischen Visionäre tatsächlich die eigentlichen Realisten waren. Und dass es nur die Alternative des Scheiterns zu diesem Weg hin zu den Vereinigten Staaten von Europa gibt. Die Union wird auf Dauer nicht stabil bleiben! Das ist die Lektion, die uns gegenwärtig durch die Realität eingebläut wurde. Wir sollten uns dabei aber keinen Illusionen hingeben, diese Vision der Vereinigten Staaten von Europa dürfte in der Mehrzahl der europäischen Mitgliedstaaten gegenwärtig alles andere als mehrheitsfähig sein, vermutlich auch in Deutschland nicht. Und ohne Mehrheiten wird dieser Schritt nicht zu machen sein.

Also wird uns europäischen Integrationisten nur eines bleiben, nämlich die Ärmel hochzukrempeln und sich in den Kampf um demokratische Mehrheiten zu stürzen. Dieser Kampf wird lang und erschöpfend sein, aber gelingt es am Ende, demokratische Mehrheiten in den europäischen Nationen für die Vereinigten Staaten von Europa zu erreichen, dann wird dies zugleich die Geburtsstunde einer wahrhaft europäischen Demokratie sein. Um dieses Ziel zu kämpfen, ist aller Ehren wert, zumal uns die Alternative nur zu bewusst ist.